

Noch grundsätzliche Zweifel

WINDRAD-PROJEKT Bürgerinitiative Gegenwind kritisiert Informationspolitik des Abfallzweckverbandes

HÜTTENFELD - (olo). Aus Sorge um die vielfältige und artenreiche Umwelt im Bereich der Deponie und um die Gesundheit der Menschen in der nahen Umgebung befassen sich die Bürgerinitiative (BI) Gegenwind und der Verein Pro Hüttenfeld seit zwei Jahren mit dem Windradprojekt des Zweckverbandes Abfallwirtschaft Kreis Bergstraße (ZAKB) auf dem Deponieberg. „Je mehr wir uns mit den sachlichen Problemen befasst haben, desto größer wurden unsere Sorgen“, sagt Dr. Hartfrid Golf von Gegenwind Hüttenfeld jetzt. Nicht einverstanden ist die BI beispielsweise mit der Informationspolitik des Zweckverbandes – dieser hatte Lampertheimer Politiker und die Presse vor einigen Tagen eingeladen, um über die Bewertung der Kritik am Windradprojekt zu berichten.

„In monatelanger Arbeit haben wir letztens zum Thema Grundwasser- und Bodenschutz einen Schriftsatz mit sechs Anlagen erstellt, insgesamt 75 Seiten stark, gespickt mit vielen Hinweisen auf mögliche Probleme beim Bau und Betrieb eines Windrads auf dem Deponieberg, und am 17. April 2014 an die zuständigen Behörden, an die Parteien und Zeitungen und auch an den ZAKB geschickt. Dieser Schriftsatz hat seine Wirkung nicht verfehlt“, befindet Golf. Der Ortsbeirat Hüttenfeld hat in der Folge auf seiner letzten Sitzung am 5. Juni mit nur einer Gegenstimme einen Beschluss gefasst, in dem er sich gegen das Windradprojekt ausspreche und die Stadt auffordere, ihrerseits alles zu tun, um das Windradprojekt zu verhindern.

„Auch der ZAKB hat unser umfangreiches Konvolut ernst genommen. Er hat, wie wir aus der Zeitung erfahren haben, Ingenieure beauftragt, die Informationen zu prüfen. Eine Eingangsbestätigung unseres Schreibens haben wir vom ZAKB aber bis heute nicht erhalten; vom Lampertheimer Bürgermeister kam sie hingegen prompt“, berichtet Golf. Am 5. Juni lud der ZAKB zur Pressekonferenz ein, um die Ergebnisse seiner Gutachter zu präsentieren. „Wir wurden nicht geladen“, bedauert Golf. „Die Gutachter gaben Entwarnung, unsere Informationen seien falsch, unsere Bedenken unbegründet, alles sei sicher, man könne heute schon das Windrad auf dem Deponieberg bauen. Die Gutachter wurden vom ZAKB ausgewählt, beauftragt und bezahlt“, betont Golf.

Bei der Tätigkeit zum Thema Windrad hätten die BI-Mitstreiter erfahren, dass bei Naturschutz-Gutachten ein großer Ermessensspielraum bestehe: Es komme auf die Erfassungsmethoden an, auf die Gewichtung und Auswertung der Ergebnisse, auf die Darstellung und Interpretation. So könne bei anderer Herangehensweise ein genau entgegengesetztes Ergebnis herauskommen. „Gerade beim Naturschutz und, im Falle der Deponie, auch beim Grundwasserschutz, handelt es sich um komplexe, fachlich sehr spezielle und schwierige Themen mit oft nur schwer zu erlangenden, meist unvollständigen Informationen zur Sache, so dass der Ermessensspielraum des Gutachters groß ist“, meint Golf. „Und wir haben auch erfahren müssen, dass zum Beispiel im Bereich der Windkraft die Gutachter deutschlandweit den Ermessensspielraum nicht selten bis zur Grenze der Gefälligkeit für ihren Auftraggeber – und gelegentlich auch darüber hinaus – ausschöpfen“, so Golf. Die logische Konsequenz daraus sei, dass die Gutachten von unabhängigen Fachleuten genau geprüft werden müssten. In den Genehmigungsbehörden seien eher Verwaltungs- denn ausgewiesene Umwelfachleute, ihnen fehlten in aller Regel die genauen Kenntnisse der Natur vor Ort. Diese prüften die Gutachten zumeist nicht, urteilt Hartfrid Golf: „Sonst hätten

sie dem – gegenüber ernsthaften Naturliebhabern respektlosen – Gutachtenunwesen längst ein Ende bereitet. So fällt den Naturschutzverbänden und der Öffentlichkeit und nicht zuletzt den Medien eine wichtige Kontrollaufgabe zu.“

Aus der Verantwortung für die Umwelt und die Bevölkerung müsse der ZAKB selbst das größte Interesse haben, beim Windradprojekt alle nötige Sorgfalt walten zu lassen, das Projekt sachlich umfassend und korrekt und ohne drohende größere Schäden für die Allgemeinheit zu betreiben und die Bevölkerung hierbei einzubeziehen. „Es wäre also Sache des ZAKB, im Falle des Windrads auf dem Deponieberg diese unabhängigen Prüfungen der Gutachten zu ermöglichen. Aber schon die naheliegendste Möglichkeit hierzu, nämlich die beiden Hüttenfelder Bürgerinitiativen, bei denen einige Fachleute mit mittlerweile profunden Kenntnissen zur Deponie mitarbeiten, zur Pressekonferenz mit einzuladen, wurde ausgelassen“, sagt Golf. Der ZAKB habe es noch nicht einmal für nötig gehalten, der BI die Informationen zukommen zu lassen, die er auf der Pressekonferenz den geladenen Teilnehmern übergab. Aber schon aus den lückenhaften Informationen, die die Medien transportierten, ergäben sich gleich mehrere fragwürdige Punkte, bei denen unvollständige, unrichtige und ungeprüfte Informationen verkündet worden seien.

„Der ZAKB hat uns allen Transparenz versprochen. Diesem Anspruch wird der ZAKB nicht gerecht, wenn er die Ergebnisse nur vor ausgesuchtem Publikum präsentiert und sie ansonsten unter Verschluss hält. Traut der ZAKB es sich nicht zu, seine Positionen einer engagierten und fachlich fundierten öffentlichen Überprüfung zu unterziehen?“, fragt Golf. Die „nachgebesserten Gutachten“, die der ZAKB am 5. Dezember 2013 bei einer Bürgerinformationsveranstaltung von seinen Gutachtern öffentlich in Teilen präsentieren ließ, seien bis heute nicht in das Internet eingestellt. Auch bei der damaligen Präsentation seien einige sehr fragwürdige Aussagen zum Umweltschutz und zur Standsicherheit gemacht worden. „Trotz der vielen Gutachten bestehen beim geplanten Windrad auf dem Deponieberg immer noch grundsätzliche Zweifel an Standsicherheit, an Natur- und Grundwasserschutz und bei der gesundheitlichen Gefährdung für die Menschen. Um die Bevölkerung bei dem Windradprojekt auf dem Deponieberg einzubeziehen und mitzunehmen und die Sorgen zu beheben, bedarf es einer fundamental anderen Vorgehensweise des ZAKB“, urteilt Hartfrid Golf.

Lampertheimer Zeitung v. 28.06.2014